



Medienmitteilung

Zürich, 16. Dezember 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. Dezember 2022 Fokusthemen: **Justiz und Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Behandlung zweier dringlicher Interpellationen zum Fall «Brian K.» und zum Datenmissbrauchsfall in der Justizdirektion über verschiedene Vorlagen diskutieren, welche die Finanzdirektion betreffen. Dabei geht es um die Genehmigung eines Beitrags für den Zürcher Auftritt als Gastkanton an der OLMA, die Abschreibung von fünf Postulaten und um eine parlamentarische Initiative betreffend «bedingungsloser Abzug der Verpflegungsmehrkosten».

Dringliche Interpellationen zu Verantwortlichkeiten in der Justizdirektion

Für eine angeregte Debatte dürfte am Montagmorgen die Behandlung zweier dringlicher Interpellationen sorgen, welche Verantwortlichkeiten in der Direktion der Justiz und des Innern betreffen. SVP-Kantonsrat Claudio Schmid hat mit Unterstützung von FDP und Mitte verschiedene Fragen zum Umgang im Strafvollzug mit dem Gewaltstraftäter Brian K. gestellt ([KR-Nr. 453/2022](#)). Und SVP-Kantonsrat Martin Hübscher wünscht sich, unterstützt von FDP, GLP und Mitte, präzisere Antworten auf Fragen in Zusammenhang mit dem Datenmissbrauchsfall in der Justizdirektion ([KR-Nr. 462/2022](#)). Da es sich um zwei dringliche Interpellationen handelt, wird die zuständige Regierungsrätin, Jacqueline Fehr, die Antworten im Rat persönlich vortragen.

Claudio Schmid (SVP, Bülach), 079 592 11 11
Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

Beitrag für Auftritt des Kantons an der OLMA 2023 soll genehmigt werden

Die Staatskanzlei soll für den Zürcher Auftritt als Gastkanton an der nächstjährigen OLMA in St. Gallen 1,682 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds einsetzen dürfen. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den entsprechenden Beitrag zu genehmigen ([5857](#)). An der grössten Publikumsmesse der Schweiz wird sich der Kanton unter anderem mit der Sonderschau «Familie Zürchers Garten» präsentieren. Dabei handelt es sich um eine rund 1000 Quadratmeter grosse Gartenlandschaft mit vier Themenbereichen, die einen Einblick in den Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich geben.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Postulat zur Unterstützung von Firmen wegen Corona soll abgeschrieben werden

Kaum zu reden geben dürfte die Abschreibung eines dringlichen Postulats von FDP und SVP betreffend «Kantonale Unterstützung von Unternehmen mit Liegenschaftsaufwendungen während der Corona-Krise». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt einstimmig, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben ([5781](#)). Mit dem Postulat wurde vom Regierungsrat verlangt aufzuzeigen, wie von der Corona-Krise betroffene Unternehmen im Kanton bei der Finanzierung der Mieten oder Hypothekarkosten unterstützt werden können. Dabei sollte der Fokus auf ein Modell gelegt werden, das neben dem Staat auch die Vermieter einschliesst. Die Kommission teilt die Ansicht des Regierungsrates, dass mit diesem Modell

zeitliche Verzögerungen hätten in Kauf genommen werden müssen, was bei der damals angezeigten Dringlichkeit beim Umgang mit Härtefällen nicht sachdienlich gewesen wäre.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Bericht zu Open-Source-Software für STGK-Mehrheit zufriedenstellend

Für Diskussionen sorgen dürfte die Abschreibung eines Postulats von GLP, Grünen und SP betreffend «Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5758](#)). Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit wurde zufriedenstellend aufgezeigt, dass Open-Source-Software (OSS) in der Verwaltung einen hohen Stellenwert einnimmt. Eine Minderheit (SP, GLP, Grüne) ist jedoch mit dem Postulatsbericht nicht zufrieden. Sie erachtet die Antworten des Regierungsrates als unvollständig und möchte dem Regierungsrat verschiedene Vorgaben machen. In einer abweichenden Stellungnahme will sie notieren, dass an den Anliegen des Postulats festgehalten wird und diese in die künftige kantonale Open-Source-Strategie aufgenommen werden sollen.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Minderheit: Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76

Kommission gegen Standesinitiative zum Pauschalabzug der Verpflegungsmehrkosten

Der Pauschalabzug für die Verpflegungsmehrkosten bei auswärtiger Tätigkeit soll nur noch an die unselbstständige Arbeitstätigkeit gebunden sein, fordert SVP-Kantonsrat Stefan Schmid mit einer parlamentarischen Initiative (PI). Mit Unterstützung von FDP und Mitte verlangt er die Einreichung einer Standesinitiative beim Bund, mit der das Gesetz über die direkte Bundessteuer geändert werden soll. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat derweil mit 11 zu 4 Stimmen die geänderte PI zur Ablehnung ([KR-Nr. 192/2018](#)). Die Mehrheit der WAK weist darauf hin, dass mit Schmid's Forderung jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer einen allgemeinen Pauschalabzug erhalte – losgelöst von der realen Verpflegungssituation. Zudem sei auf Bundesebene eine Gesetzesänderung in Arbeit, wonach Arbeitnehmende künftig zwischen einer Pauschale für sämtliche Berufskosten oder der Geltendmachung der tatsächlichen Kosten wählen können. Eine Minderheit (SVP) stellt den Antrag, der geänderten PI zuzustimmen, weil sich in den letzten Jahrzehnten die Situation für Arbeitnehmende teilweise radikal verändert habe und die heutigen bürokratischen Abklärungen und Prozesse unnötig und daher abzuschaffen seien.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Grossteil des Budgets kann durch kantonale Gesetzgebung gesteuert werden

Der Kanton Zürich kann über seine eigene Gesetzgebung den Grossteil seines Budgets steuern. Auf der Aufwandseite kann er 61 Prozent und auf der Ertragsseite 81 Prozent direkt beeinflussen. Dies geht aus der Antwort des Regierungsrates auf ein Postulat der Finanzkommission (FIKO) hervor, mit dem die Kommission den Regierungsrat gebeten hatte, die Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts in den einzelnen Leistungsgruppen zu schätzen. Die gewonnenen Erkenntnisse führten in der FIKO und den Sachkommissionen zu einer Sensibilisierung für die Beratungen des Budgets 2023, dem der Kantonsrat letzte Woche nach zweitägiger Debatte zugestimmt hat. Wesentlich kürzer wird die Behandlung des erwähnten Postulats dauern: Die FIKO beantragt dem Kantonsrat, dieses als erledigt abzuschreiben ([5776](#)).

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Postulat zur Einreihung der Pflegelöhne soll abgeschrieben werden

Eigentlich keine lange Debatte müsste die Abschreibung eines Postulats betreffend «Bessere Löhne für die Pflege. Jetzt.» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt denn auch, das Postulat von Grünen, SP und Mitte als erledigt abzuschreiben ([5791](#)). Eine Minderheit (Grüne und SP) beantragt jedoch, dies mit einer vom Regierungsrat abweichenden Stellungnahme zu tun. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, in der Kommission für Richtpositionsbewertung eine Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem zu beantragen. Die kantonalen Spitäler beurteilen die bestehenden Richtpositionsketten jedoch als aktuell und sachgerecht. Die Regierung hat beschlossen, den kantonalen Angestellten den vollen Teuerungsausgleich auszurichten. Verschiedene Spitäler – namentlich USZ, PUK, KSW, ipw und das Kinderspital – zogen daraufhin mit einem Teuerungsausgleich von zwischen 3 und 3,5 Prozent nach. Für die Minderheit der Kommission sind die Massnahmen des Regierungsrates aber nicht ausreichend. Sie weist unter anderem auf Massnahmen der Stadt Zürich hin, welche die Löhne von 70 Prozent ihrer Angestellten erhöht habe. Die Schlechterstellung der kantonalen Spitäler gegenüber den Stadtspitälern sei bedauerlich und die Gesundheitsversorgung im Kanton gefährdet.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Minderheit: Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Ergänzungsbericht zu LGBTI-Postulat gefordert

Nicht zufrieden ist die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) mit dem Bericht des Regierungsrates zum Postulat betreffend «Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen». Mit 8 zu 7 Stimmen beantragt sie, einen Ergänzungsbericht zu verlangen ([5770](#)). Darin soll innert sechs Monaten ein konkreter Massnahmenplan erstellt werden, der eine höhere Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Massnahmen bezwecken soll. Die Kommissionsmehrheit aus SP, GLP, Grünen und EVP folgert unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachorganisationen, dass die beiden Sensibilisierungslektionen in der Polizeiausbildung nicht ausreichen. Ferner gehe der Bericht der Regierung nicht auf Angebote für weitere Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden ein, verweise lediglich auf eine Ausweitung des Seminarangebots und beziehe sich nicht auf konkrete, verpflichtende Schulungsmassnahmen. Die Kommissionsminderheit stellt keinen eigenen Antrag, befürwortet aber – wie der Regierungsrat – die Abschreibung des Postulats.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt, 079 541 53 76)

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12